

4. Interpellation Dr. Bernhard Wälti zur Infrastruktur in den Rathäusern (08/IN 9/35)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Der Interpellant hat das Wort zu einer kurzen Erklärung.

Dr. Wälti, SP: Ich danke dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung meiner Interpellation, die bei weitem nicht das Gewicht einer Flat Rate Tax oder der Reorganisation der Kantonsstrukturen hat. Ich bin zufrieden mit der Antwort und habe eigentlich das gehört, was ich erwartet habe. Aus der Beantwortung lese ich aber auch heraus, dass ein Spalt in der Türe offen ist. Diesen möchte ich noch etwas mehr aufstossen und mit Ihnen erörtern, weshalb ich Diskussion **beantrage**.

Abstimmung: Diskussion wird mehrheitlich beschlossen.

Diskussion

Dr. Wälti, SP: Ich bin kein Traditionalist, obwohl Traditionen am richtigen Ort ihre Berechtigung haben. Ich zähle mich vor allem dort lieber zu den Fortschrittlichen und Modernen, wo es das Leben erleichtert. Dies betrifft mein Anliegen nach Modernisierung der Rathäuser. Als ich 2005 in das Parlament nachrücken durfte, war ich erstaunt, ja fast erschrocken darüber, auf welchem spartanischen Niveau der Ratsbetrieb abläuft. Kantonsrat Carlo Parolari klärte mich anlässlich einer Diplomfeier für medizinische Praxisassistentinnen im Rathaus Frauenfeld darüber auf, wieso es schon seit Langem einen Kachelofen im Saal gibt. Aus Distanzgründen sei im langgezogenen Kanton Thurgau nach einem zweiten Tagungsort gesucht und mit Frauenfeld auch gefunden worden. Damals sei Weinfelden das Zentrum gewesen. Weil es in Frauenfeld keine Heizung gab, sei der Kachelofen als Behelf nachträglich in den Saal eingebaut worden, damit die damaligen Ratsmitglieder nicht mehr frieren mussten. Inzwischen sind wir in unserer Gesellschaft ein schönes Stück weiter, gerade was die Mobilität, aber auch die Arbeitstechnik angeht. In den Ratssälen Weinfelden und Frauenfeld sind wir meines Erachtens jedoch stillgestanden. Es leuchtet mir ein, dass die Geschäftsordnung des Grossen Rates den Ratsbetrieb bestimmt. Bewusst ist mir auch, dass wir in den jeweiligen Rathäusern ein Gastrecht geniessen und es an den Gemeinden Frauenfeld und Weinfelden liegt, Massnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur zu treffen. Für die Benutzung der Säle für den Ratsbetrieb richtet der Kanton eine anteilmässige Miete aus. Die Gemeindeämänner Vögeli und Parolari werden aber kaum finanzielle Mittel aus der Gemeindekasse für ein kantonales Anliegen sprechen wollen. Ich bin der Meinung, dass dies eine gemeinsame Sache des Parlamentes und der Verwaltung ist. Ich hätte mir vorstellen kön-

nen, dass der Regierungsrat in seiner Beantwortung einen Budgetposten in Aussicht stellt, um eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen. Verbesserungsvorschläge könnten so erörtert werden. Eventuell hören wir am Schluss der Debatte vom Regierungsrat noch etwas. In persönlichen Gesprächen mit Kantonsrat Max Vögeli habe ich jedenfalls Offenheit verspürt. Störend beim Ratsbetrieb ist hauptsächlich die Sitzordnung. Bei der Festbankbestuhlung sitzt die Hälfte der Mitglieder ständig falsch. Rund die Hälfte hat nie direkten Augenkontakt mit dem Ort des Geschehens, und es ist bekannt, dass die Aufmerksamkeit steigt, wenn eine frontale Sitzordnung zum Sprecher oder zur Sprecherin besteht. Mit schwindender Aufmerksamkeit steigt der Lärmpegel, was ich persönlich unangenehm und auch unanständig finde. Jeder oder jede Vortragende hat sich intensiv und meist lange im Voraus mit einem Geschäft auseinander gesetzt und sich vorbereitet. Es gebührt dem Referierenden Aufmerksamkeit, ohne dass er gegen den Lärmpegel ankämpfen muss. Die "Thurgauer Zeitung" stellte nach Einreichung meiner Interpellation fest, dass sich eine Änderung wohl kaum aufdrängen werde, wenn nur gerade 19 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner das Anliegen unterschrieben hätten. In persönlichen Gesprächen tönt es jeweils anders. Viele finden den Ratsbetrieb mühsam. Man hängt aber leider immer gerne an Traditionen. Das haben wir auch heute Morgen in der Diskussion gehört. Spricht man mit den Medienschaffenden, vernimmt man zweierlei zur Infrastruktur in den Rathäusern: Währenddem bei den Printmedien nur gerade die verdeckte Sicht bei Abstimmungen bemängelt wird, tönt es bei den elektronischen Medien ein wenig anders. Dort wird ihr Arbeitsplatz mit einer "Käfighaltung, welche den Tierschutz auf den Plan bringen würde", verglichen. Der Platz sei im Vergleich zu anderen Kantonen minimal. Man könne ihn kaum verlassen, ohne den Kollegen nebenan zu stören. Für wichtige mediale Arbeiten müsse man separate Räume aufsuchen. Der Regierungsrat erwähnt, dass man vor einigen Jahren diesbezüglich Verbesserungen angebracht habe. Offenbar genügen sie aber nicht mehr. Ein gutes Arbeitsfeld steigert bekanntlich den persönlichen Einsatz. In die erwähnte Arbeitsgruppe könnten auch die Parlamentsdienste einbezogen werden. Ich spreche hier aber nicht nur für alle andern, sondern auch für uns, und habe mir die Mühe genommen und mich bei einigen Ostschweizer Kantonsparlamenten umgehört. Alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben es besser als wir. Stellvertretend ziehe ich den Kanton Appenzell Ausserrhoden heran. Dort sind natürlich keine 130 Mitglieder zu pflegen, doch werden die Diskussionen im Halbkreis geführt, mit Frontalblick. Vor gut einem Jahr war ein Foto in der Presse. Leider kann ich es heute nicht visualisieren. Sie würden die Vorteile sofort erkennen. Dem Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden steht die Möglichkeit offen, Grafiken und Tabellen zu projizieren. Der Saal wurde zu diesem Zweck etwas umgebaut und gleichzeitig die Belüftung und die Belichtung verbessert. Nach der Installation einer leistungsfähigen Mikrofonanlage sei die Aufmerksamkeit deutlich gestiegen und das Zuhören, ein wichtiges und heute oft fehlendes Glied in der Kommunikation, besser geworden. Zum Rathausstandort: Eine Verfassungsänderung ist schwierig und aufwendig. Schwierig ist es,

wenn man an den Traditionen, wie sie in § 33 Absatz 2 der Kantonsverfassung mit zwei Standorten verankert sind, kratzen will. Es müsste ja nicht unbedingt ein prunkvoller Neubau wie im Fürstentum Liechtenstein sein. Da wäre auch noch die Idee der Umnutzung von brachliegenden Industriebauten. Hiervon gäbe es genügend im Kanton Thurgau, die für Tagungen an einem einzigen Ort geeignet wären. Die bereits erwähnte Arbeitsgruppe könnte sich über einen solchen modernen Parlamentsbetrieb Gedanken machen.

Bär, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die sehr gute und ausführliche Beantwortung, hinter der wir stehen können. Wir sind offen für Neues bei vertretbarem Aufwand und vertretbaren Kosten.

Schnyder, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Interpellanten für die Aufnahme dieses Themas und dem Regierungsrat für seine unserer Meinung nach stimmige Antwort. Im Zeitalter der modernen Hilfsmittel wie Laptop, Beamer, Internetzugang oder elektronische Abstimmungsgeräte ist es durchaus opportun, die heutige Arbeitsweise des kantonalen Parlamentes zu überdenken. Wie in der Antwort des Regierungsrates festgehalten worden ist, liegt es an uns, Änderungen diesbezüglich beim Büro zu beantragen. Währenddem Hilfsmittel wie elektronische Abstimmungsgeräte sicherlich zur Beschleunigung der Ratsgeschäfte beitragen würden, jedoch die Einrichtung nicht in unserer Hand liegt, läuft die Visualisierung von Vorstössen oder Vorlagen die Gefahr, eher hemmend für das Bearbeitungstempo zu wirken. Man stelle sich vor, dass es jeder Rednerin, jedem Redner frei überlassen wäre, die Argumente mit Folien oder Powerpoint-Präsentationen zu untermauern. Abgesehen vom gelegentlichen Versagen der Technik würden sich solche Einsätze bestimmt als zeitraubend herausstellen. Durch den vermehrten Einsatz des E-Mail-Verkehrs werden wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier bereits heute zur Genüge mit zusätzlichen Materialien zu den Geschäften versorgt. Ausserdem, und das ist eine persönliche Anmerkung, werden Voten sorgfältiger vorbereitet, wenn man weiss, dass die Botschaft nur auf dem akustischen Weg an die Empfängerenschaft herübergebracht werden kann. Zum anderen Aspekt, den der Interpellant aufnimmt, nämlich zur Tatsache, dass das Thurgauer Kantonsparlament über kein eigenes Rathaus verfügt und an zwei Orten eingemietet ist, darf man entgegenen, dass es sich um eine historisch gewachsene Tradition handelt. In einer Zeit, in der beinahe sämtliche Traditionen als alte Zöpfe bezeichnet und abgeschafft werden, dürfen die zwei Standorte Frauenfeld und Weinfelden durchaus weiterhin Bestand haben. Aufgrund der momentanen Besetzung der Gebäude durch den Grossen Rat wäre es von der Auslastung her und somit kostenmässig kaum zu verantworten, einen eigenen neuen Komplex zu errichten. Der halbjährliche Ortswechsel der Sitzungen hat zudem die sympathische Eigenschaft, dass für jeden Parlamentarier oder jede Parlamentarierin während eines Semesters der Anreiseweg kürzer ist. Bleiben wir also im Grundsatz beim bewährten und historisch verankerten Status quo von zwei Standorten. Kleinere Veränderungen

und Modernisierungen im Innern der Gebäude wie das erwähnte elektronische Abstimmungsverfahren bedürfen zur Verbesserung der Transparenz und in Zusammenarbeit mit den Trägergemeinden sicher einer Überprüfung. Auch muss den Medienschaffenden stets der notwendige Platz und die Möglichkeit zur Anwendung ihrer technischen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Dr. Merz, CVP/GLP: Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung der vorliegenden Interpellation. Die CVP/GLP-Fraktion ist tatsächlich der Meinung, dass die Ratssäle und der Ratsbetrieb nicht übermässig modern sind. Wir sind allerdings auch der klaren Auffassung, dass der Parlamentsbetrieb in Ordnung und das Parlament handlungsfähig ist. Für die CVP/GLP-Fraktion macht die Tradition der beiden Sitzungsorte Weinfelden und Frauenfeld nach wie vor Sinn. Ich musste als Weinfelder überhaupt nicht dafür werben; das war in der Fraktion ohnehin klar. Eine grosse Mehrheit der CVP/GLP-Fraktion ist gegen ein elektronisches Abstimmungssystem, und gar einstimmig ist die CVP/GLP-Fraktion gegen eine stetige Visualisierung. Wir sind keineswegs fortschrittsfeindlich, aber der Meinung, dass eine Visualisierung bei jedem Votum den Parlamentsbetrieb eher hemmen als fördern würde. Wir sind der Ansicht, dass dieses Mittel in einzelnen Fällen, in denen es sinnvoll ist, durchaus Platz haben soll, wobei es dann aber entsprechend beantragt werden muss. Ich habe mich auch bei allen Medienredaktionen nach ihrer Sichtweise erkundigt. Es klang allerdings nicht ganz so wie beim Interpellanten. Ich habe von ihnen zwar den Hinweis erhalten, dass es Verbesserungsbedarf gibt, weshalb es wichtig ist, vom Büro aus den Kontakt mit den Medienredaktionen aufzunehmen, doch liegt der Verbesserungsbedarf, der geäussert wurde, in keiner Weise auf einer Ebene, dass mit grossen Investitionen gerechnet werden müsste. Ich habe mich bei den Redaktionen der Printmedien und bei den privaten Radio- und Fernsehstationen erkundigt sowie auch bei der Regionalredaktion des Fernsehens und Radios DRS in St. Gallen. Ich danke dem Büro für die Weiterverfolgung dieses Anliegens.

Ritzi, GP: Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation Wälti. Wir können die Argumentation des Regierungsrates weitgehend mittragen. Mit 116:0 Stimmen hat der Grosse Rat am 19. Dezember 2007 dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat bei 120 anwesenden Ratsmitgliedern zugestimmt. Wer sich der Stimme enthalten hat, kann nicht mehr festgestellt werden. Vielleicht waren die vier Ratsmitglieder ja auch beim Kaffeetrinken. Im Gegensatz zu den Schlussabstimmungen im eidgenössischen Parlament lässt sich in unserem Rat nicht feststellen, wie die einzelnen Ratsmitglieder gestimmt haben. Zuweilen kann es ohne schlechten Willen vorkommen, dass sich einzelne Ratsmitglieder nicht mehr erinnern können, ob sie nun für oder gegen eine Vorlage gestimmt haben. Im Vorfeld einer umstrittenen Volksabstimmung wie jener vom 30. November 2008 zum HarmoS-Konkordat ist es aber für die Öffentlichkeit durchaus von Interesse, feststellen zu können, wie die einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentarier in einer Schlussabstimmung gestimmt haben. Im eidgenössischen Parlament

kann dies problemlos im Internet jederzeit nachgeschaut werden. Die öffentliche Transparenz im Abstimmungsverhalten unseres Parlamentes lässt sich bisher nur über eine Abstimmung mit Namensaufruf herstellen, die zum letzten Mal im Jahr 1990 durchgeführt wurde, als es um die Bewilligung der Richtplanänderung für den Golfplatz Erlen ging. In der Zeitung wurde damals eine Liste mit 130 Namen aufgeführt und daneben, ob das entsprechende Parlamentsmitglied für oder gegen die Richtplanänderung gestimmt oder sich der Stimme enthalten hat. Diese Transparenz würde durch die Installation einer elektronischen Abstimmungsanlage geschaffen, einem Anliegen der Interpellation Wälti, das aus Sicht der Grünen Fraktion weiterverfolgt werden sollte. Für die Wählerinnen und Wähler ist es von Interesse, feststellen zu können, wie ihre Vertreterinnen und Vertreter im Parlament in einer Sachfrage abgestimmt haben. Im Übrigen teilen wir die Überlegungen des Regierungsrates, sowohl an der Sitzordnung als auch am Tagungsortswechsel zwischen den historischen Ratssälen von Weinfeld und Frauenfeld festzuhalten. Ich hatte die Möglichkeit, den Kantonsratssaal im Rathaus in Zürich zu besichtigen, der wie ein Vorlesungssaal an der Universität aussieht. Die Klappbänke erinnerten mich an die Primarschule, wo wir auch in dieser Art in Reih und Glied sassen. Da ist mir unsere Sitzordnung doch lieber, vielleicht mit dem Nebeneffekt, dass die Aufmerksamkeit nicht immer gegeben ist. Ich möchte uns Ratsmitgliedern Mut machen, als Parlament zu funktionieren und in erster Linie mit Worten und Argumenten zu fechten und auf multimediale Effekte zu verzichten. Beamer und Hellraumprojektor werden die Qualität unserer Ratsarbeit bestimmt nicht verbessern.

Bruggmann, SP: Wir arbeiten dauernd an der Erneuerung, an der Modernisierung, an der Effizienz, kurz an der Zukunft unseres Thurgaus. Nur wir selbst bewegen uns in Strukturen von anno dazumal. Zur Verfügung stehen uns technische Hilfsmittel aus der Pionierzeit. Wir sind zwar stimmgewaltig, aber eine gute und dauerhaft funktionierende Lautsprechanlage in jedem Rathaus wäre kein Luxus. Wir sind zwar phantasievoll, aber eine Möglichkeit der Visualisierung würde manchem von uns die Augen öffnen. Kantonsrätin Schnyder befürchtet allerdings, dass die Voten dadurch länger würden. Ich behaupte, dass wir weniger lang sprechen würden, wenn wir einmal ein Bild oder eine Statistik anschauen könnten. Das würde vielleicht auch der Aufmerksamkeit dienlich sein. Ich spreche nicht von zehnminütigen Powerpoint-Präsentationen. Zu unseren Medienleuten: Ich weiss nicht, mit wem Kantonsrat Dr. Merz gesprochen hat. Ich habe keine flächendeckende Umfrage gestartet, aber ich weiss, dass es schon vorgekommen ist, dass die Medienleute am Boden irgendwo in einer Ecke der Rathäuser in Frauenfeld oder in Weinfeld arbeiten mussten. Ich weiss auch, dass sie Internetanschlüsse suchen und verzweifelt nach einer Möglichkeit Ausschau halten, wo und wie sie ihre Berichte verfassen können, so dass sie rechtzeitig abgegeben werden. Diese vorsintflutliche Infrastruktur, die unseren Medienleuten zur Verfügung steht, bringt die geduldigsten unter ihnen manchmal an den Rand der Verzweiflung. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier arbeiten einmal hier und einmal dort, einmal in Frauenfeld und einmal in

Weinfeld. Das ist zwar ein alter Zopf, aber auch ein solcher hat seinen Charme, und ich oute mich als Anhängerin der halbjährlich stattfindenden "Sitzungsort-Züglete". Zwei Sitzungsorte heisst aber nicht, dass wir an jedem von ihnen in technischer Hinsicht stehen bleiben. Es muss sich etwas bewegen. Im Namen unserer Fraktion ersuche ich das Büro, den Handlungsbedarf anzumelden und das weitere Vorgehen für eine moderate Modernisierung an die Hand zu nehmen.

Parolari, FDP: Ich habe ursprünglich die Diskussion abgelehnt, weil ich der Meinung bin, dass wir Wichtigeres zu besprechen haben. Jetzt wurde aber so viel Falsches und Unsinn erzählt, dass ich mich genötigt sehe, zu reagieren. 1. Die Tische, an denen Sie sitzen, wurden extra dafür angeschafft, um eine U-Stuhlung in diesem Rat zu ermöglichen. Das Präsidium wäre an der Längsfront gesessen. Das wurde eine Session lang ausprobiert, woraufhin Ihr Parlament wieder zur Festbankbestuhlung zurückkehren wollte. Unsere Investition wurde damit hinfällig. 2. Hinter dem hinteren Ofen ist ein absolut neuer Beamer installiert, den Sie mit Wireless von jedem Laptop aus bedienen können. Sie brauchen nicht einmal mehr eine Verkabelung. Die Leinwand kann per Knopfdruck heruntergefahren werden. 3. Im kleinen Bürgersaal gibt es längstens genügend Internetanschlüsse für die Presse. 4. Sie haben Wireless-Empfang hier im Saal; wir müssen ihn nur einschalten. 5. Ab der nächsten Ratssitzung ist draussen im Foyer ein Flachbildschirm aufgehängt, der live mit Bild und Ton die Debatte an die Kaffeetische überträgt. 6. Lüftung/Kühlung: Die Kühlung im Ratssaal ist in Planung und wird in Kürze in Angriff genommen. 7. Noch diesen Sommer wird die Türe umgebandet, so dass sie endlich nach draussen aufgeht und wir etwas mehr Breite im Saal erreichen. Damit ist auch die Notfallsicherheit gewährleistet. Zur elektronischen Abstimmung: Für den Gemeinderat haben wir keinen Bedarf. Ein elektronisches Abstimmungssystem im Saal zu installieren (Smartvoting ohne feste Verkabelung, wie es an jeder Generalversammlung der grossen Firmen möglich ist), kostet ca. Fr. 10'000.-- bis Fr. 12'000.-- für das Parlament. Es wäre kein Problem, die Abstimmung mit Kuchen- oder Balkendiagrammen oder sogar nach Sitzplatz gesteuert auf dem Bildschirm zu visualisieren. Das könnten Sie beschliessen. Wir versuchen, Ihnen sowohl in Frauenfeld als auch in Weinfeld alles zu ermöglichen, aber Sie müssten die Möglichkeiten dann eben auch benützen.

Martin, SVP: Wenn die EU einmal etwas von uns übernimmt, nämlich zwei Parlamentsstandorte, dann sollte man daran festhalten. Seit 1830 haben wir zwei Parlamentsstandorte. Die EU tagt die ersten drei Wochen im Monat in Brüssel und die letzte Woche in Strassburg. Daher ist es meines Erachtens absolut undiskutabel, nach einem neuen Standort für den Grossen Rat zu suchen. Wir müssen eine so schöne Tradition aufrecht erhalten. Stellen Sie sich einmal vor, wie schwierig es wäre, den Standort zu finden: Er müsste überall dort sein, wo Sie Ihren Wohnsitz haben. Die Transparenz ist wichtig und richtig, und es ist zweifelsohne so, dass sie mit geringfügigen Massnahmen, wie sie Kantonsrat Parolari angetönt hat, vergrössert werden kann. Kantonsrat Parolari hat auch

ausgeführt, was alles gemacht wird. Schon heute wird ein erheblicher Aufwand betrieben. Für mich stellt sich beispielsweise die Frage, ob man den Ton aus dem Mikrofon auch auf das Internet stellen könnte. Das wäre relativ günstig und würde es den Leuten, die interessiert sind und keine Zeit haben, im Rathaus vorbeizukommen, erlauben, live zuzuhören. Offenbar ist es auch möglich, ein Abstimmungssystem mit verhältnismässig geringem Aufwand einzuführen. Zu Kantonsrat Ritzi: Im Bundesparlament herrscht nur teilweise Transparenz. Im Nationalrat ist sie vollständig gewährleistet. Seit der Märzsession sind sämtliche Abstimmungen auf dem Internet erfasst. Früher waren es nur die wichtigen. Im Ständerat dagegen wehrt man sich mit aller Vehemenz, ein transparentes Abstimmungssystem einzuführen. Abschliessend danke ich dem Regierungsrat für die sehr gute Antwort. Man sollte schrittweise und pragmatisch versuchen, die Ratsinfrastruktur anzupassen, aber sicher keine unverhältnismässigen Kosten verursachen.

Gubser, SP: Ich danke Kantonsrat Parolari, dass er aufgezeigt hat, welche Möglichkeiten im Ratssaal bestehen, und ich hoffe, dass sich das Büro doch überwinden kann, die eine oder andere Möglichkeit zu benützen. Ich spreche nicht von Powerpoint-Präsentationen, doch wäre es hilfreich, wenn zum Beispiel die Rednerliste oder ein Antrag, der schriftlich vorliegen muss, im Wortlaut visualisiert werden könnte. Bei längeren Anträgen ist es schwierig, sie nur mit dem Gehör aufzunehmen. Es wäre auch interessant, wenn es dem einzelnen Ratsmitglied überlassen würde, durch eine geeignete Visualisierung auf ein Problem aufmerksam zu machen.

Regierungsrat **Dr. Graf:** Der Regierungsrat hat zu einem für einmal nicht gerade alltäglichen Problem Stellung genommen und die Fragen aus seiner Sicht beantwortet. Damit ist auch gleich gesagt, dass sich die Exekutive gerne mit diesem Problem beschäftigt hat. Letztlich erwartet aber der Regierungsrat, dass der Grosse Rat hier federführend wirkt. Hinsichtlich des Parlamentsbetriebes gibt es nach zweihundert Jahren gute Gründe, verschiedene Gewohnheiten in Frage zu stellen. Das eine oder andere Problem lässt sich ohne einschneidende Massnahmen lösen, andere Probleme wiederum rufen nach grösseren oder gar grössten baulichen Veränderungen. Der Regierungsrat hat Ihnen die Antworten gegeben, seine Meinung kundgetan und aufgezeigt, wo er Handlungsbedarf sieht und wo nicht. Der Ball liegt nun bei Ihnen. "Faites vos jeux", ist man geneigt, Ihnen zuzurufen. Der Regierungsrat geht davon aus, dass nun Ihr Büro die Ratsdebatte resümieren und allfällige weitere Schritte mit uns besprechen wird. Wir bieten dort, wo wir gefragt sind, selbstverständlich gerne die gewünschte Hilfestellung.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.